Nr. 538
A 272
Morgen-Ausgabe

Berlin

Freitag, 14. November 1930
V

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweiteilig wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag. „Recht und Leben".

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigner Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch Berlin. Für Rücksendung unverl. Manuskripte ist Porto beizufügen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3666—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Briand spricht in der Kammer

„Verständigung mit Deutschland — Frieden für Europa"

Paris, 13. November

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Die Interpellationen über die Außenpolitik der Regierung ist in der Kammer am Spätnachmittag mit einer Rede des Nationalisten Marin zu Ende gegangen, der erklärte, Deutschland bereite mit allen Mitteln den Revanchekrieg vor und Frankreich müsse an seine Sicherheit denken. Eine kurze Pause und alles strömt in den Sitzungssaal zurück, wo bald, von einer stürmischen, minutenlangen Ovation der Linken und der Mitte begrüßt, Briand die Rednertribüne besteigt.

In zweistündigen Ausführungen ohne die geringsten Anzeigen der Ermüdung rechnete er mit der von der Rechten an seiner Politik geübten Kritik ab, um den Nachweis zu erbringen, daß Frankreich auch nach den Enttäuschungen der letzten Wochen keinen Grund habe, den bisherigen Kurs seiner Außenpolitik zu ändern, **da nur eine Politik der Verständigung mit Deutschland, Europa und der Welt den Frieden zu erhalten vermöge.**

Wenn die Kammer wirklich mit dem Abgeordneten Marin der Meinung sei, daß Frankreichs Außenminister es in seiner Politik an der notwendigen Festigkeit und Geradlinigkeit habe fehlen lassen, dann dürfte sie nicht einen Augenblick zögern, zwischen sich und ihm den Trennungsstrich zu ziehen. Wenn die Kammer unter einer festen Politik laute Worte und heftige Gesten verstehe, dann werde sie sich einen andern Außenminister wählen müssen, denn eine solche Politik der hohlen Manifestationen sei nicht seine Art. Der beste Dienst, den ein Außenminister namentlich in schwierigen Momenten seinem Lande leisten könne, sei in allen Fällen, kaltes Blut zu bewahren. **Wenn man allerdings gewisse Artikel und gewisse Reden bekannter deutscher Politiker lese, so könne man sich des Gefühls einer lebhaften Enttäuschung nicht erwehren.** Er selbst habe dieses Gefühl empfunden und gegenüber der deutschen Delegation in Genf kein Hehl daraus gemacht. Er habe geglaubt, sich durch gewisse Akte ein Anrecht auf Dankbarkeit erworben zu haben; er sei auch darin enttäuscht worden. Aber er könne dies beim besten Willen nicht für einen Beweis ansehen, daß seine Politik in allen Punkten Schiffbruch erlitten habe, wie dies von der Rechten behauptet worden sei.

Auch Stresemann habe niemals die Interessen seines Landes preisgegeben, und trotzdem sei er mit ihm, dem Redner, einig gewesen, in der Auffassung, daß Frankreich und Deutschland alles tun müßten, um auf dem Wege der Verständigung zu einem endgültigen Frieden zu gelangen. Wenn heute das Vertrauen zwischen den beiden Ländern erschüttert sei, so sei dies hüben und drüben nicht ohne das Zutun gewisser Parteien geschehen.

Der Versailler Vertrag enthalte gute und schlechte Bestimmungen. Der Artikel 19 zum Beispiel gestatte die Nachprüfung bestehender Verträge und politischer Verhältnisse. Man könne keiner der daran interessierten Regierungen verbieten, diese Nachprüfung zu verlangen. Ob die Anrufung des Artikels 19 zu dem gewünschten Ziel führen werde, sei eine andre Frage. Man werde sich darüber unterhalten, wie man sich über zahlreiche andre Streitfragen unterhalten habe seitdem **an die Stelle der Gewaltpolitik** die Politik der Versöhnung getreten sei.

Frankreich würde sich selbst den schwersten Gefahren aussetzen, wenn es einiger Enttäuschungen wegen seine bisherige Friedenspolitik ändern würde. Er selbst habe einst zu den Mitteln der Gewalt seine Zuflucht nehmen müssen, indem er drei deutsche Städte besetzen ließ. Aber er habe aufgeatmet, als der Kurswechsel der deutschen Politik auch ihm die Möglichkeit gegeben habe, zu andern Methoden zu greifen, die schließlich zum Dawes- und zum Young-Plan geführt hätten.

Wolle die Rechte etwa diese Verträge zerreißen, in denen Deutschland nicht nur wichtige Teile des Versailler Vertrags freiwillig anerkannt, sondern auch **für immer auf die Anwendung der Gewalt** zur Abänderung der bestehenden Verhältnisse verzichtet habe? Die nationalistische Welle in Deutschland sei nicht zuletzt eine Folge der wirtschaftlichen Misere. Ein Heer von 3½ Millionen Arbeitslosen werde nur allzuleicht die Beute demagogischer Verhetzung. Gewiß auch im deutschen Parlament gebe es nationalistische Abgeordnete. **Aber daneben gebe es Millionen anderer Deutschen, die gleich Frankreich den Frieden wollen.**

Die Fortsetzung der außenpolitischen Debatte wird auf heute abend 10 Uhr vertagt, um den morgigen Tag für die Interpellationen über den Duftric-Krach und die Börsenkrise freizulassen.

Massen in Bewegung

Von

Friedrich Wilhelm von Oertzen

Es ist ein harter Winter in diesem Jahr. Nicht nur für die Millionen, die überall in der Welt unter Arbeitslosigkeit, Not und Hunger zu leiden haben. Auch für die Regierungen, die mit heißen Köpfen in ihren gut geheizten Büros und Amtsstuben sitzen und nach dem Ausweg suchen, der aus der großen Krise führen soll. Es ist eine gute Zeit für den Radikalismus in allen Ländern, für die Oppositionen. Selbst die Staaten, die glauben, ohne die Kontrolle parlamentarischer Instanzen besser zu fahren als mit dem Parlamentarismus, haben schwer zu kämpfen. Und auch da, wo nicht revolutionierte Massen zur Gewalt greifen wie etwa in Südamerika, da, wo sich alles in den althergebrachten Formen traditionell gemäßigter Auseinandersetzungen abspielt, ballen sich dunkle Wolken, und die Regierenden müssen befürchten, daß schneller, als selbst die Pessimisten jemals geglaubt haben, aus der gefahrdrohenden schwarzen Wand der Blitz herniederfährt, der sie von ihren Stühlen schleudern kann. Am vergangenen Sonntag wurden in der englischen Presse Berechnungen über die Lebensdauer des Kabinetts MacDonald aufgestellt, von denen keine der Arbeiterregierung eine längere Frist als bis zum nächsten Frühjahr gab. Zwei oder drei Nachwahlen in den letzten 14 Tagen zeigten überall schwere Verluste der Arbeiterpartei und ebenso große Gewinne der Konservativen. Es ist MacDonald und seinen Mitarbeitern nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, die Industrie rentabler zu gestalten und mit den Dominions zu einer wirtschaftlichen Verständigung zu gelangen. Die Nachwahlen geben dem Arbeiterkabinett die Quittung.

In anderen Staaten hat man allgemein gewählt oder man wird wählen. Der große „Erdrutsch" in Amerika, die Sensation anfangs dieses Monats, war nichts anderes als die Reaktion der Wählermassen auf die Wirkungen der Krise. Unter der Devise „Prosperity" war Hoover gewählt worden. Die wirtschaftlichen Rückschläge des letzten Jahres haben seine Stellung untergraben. Es nützt ihm nichts, daß das Endergebnis eine winzige, kaum erkennbare Majorität für die republikanische Partei gewesen ist. Hoover hat damit zu rechnen, daß die Autorität, mit der er sein Amt antrat, unwiederbringlich dahin ist. Was das unter Umständen auch für Europa zu bedeuten hat, liegt auf der Hand, wenn man daran denkt, daß die gesamte Außenpolitik des amerikanischen Präsidenten der Kontrolle des Senats unterliegt und daß dieser Senat schon in anderen Fällen trotz einer damals sicheren Mehrheit für den Präsidenten politische Entscheidungen von größter Bedeutung für Europa paralysiert hat. Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, daß unter diesen Umständen die Entschlußfreudigkeit des amerikanischen Präsidenten in wichtigen Fragen der Weltpolitik stark geschwächt werden muß, und daß zum Beispiel die Haltung Amerikas bei einer etwaigen Neuaufrollung des Schulden- oder des Reparationsproblems von dieser Schwächung der Stellung des Präsidenten sehr stark beeinflußt werden wird.

Gegenüber der weltpolitischen Bedeutung der amerikanischen Wahlen wirkt der verfehlte Versuch der österreichischen Heimwehrminister Starhemberg und Hueber mit einer schneidigen Attacke ihre noch nicht einmal drei Monate alten Ministersitze in parlamentarisch untermauerte Dauerstellungen auszubauen, beinahe tragikomisch. Die Trompetenstöße, mit denen der junge Fürst Starhemberg vor den Wahlen angekündigt hat, daß die Heimwehren niemals daran denken würden, die einmal ergriffene Macht wieder aus der Hand zu legen, sind nach den Wahlen um ein beträchtliches sanftigtlicher geworden. Und beinahe möchte man an der Richtigkeit jenes Scherzwortes zweifeln, das man vor den Wahlen in Wien prägte, und in dem die Frage aufgeworfen wurde: Was haben der alte Starhemberg, der Wien in den Türkenkriegen gerettet hat, und sein jugendlicher Nachfahre gemeinsam? Worauf der Wiener antwortete: beide haben Wien entsetzt. Wenn man heute von Entsetzen sprechen will, so dürfte es nur in bezug auf die Tatsache sein, daß es der Taktik der Regierung Seipel-Starhemberg gelungen ist, das österreichische Bürgertum in drei feindliche Lager zu zersprengen und gegenüber dem Austromarxismus in ungewöhnlich schmerzhafter Weise zu schwächen. Die Lebensprobleme Oesterreichs sind jedenfalls durch den Wahlausgang des vergangenen Sonntags in keiner Weise berührt worden. Es ist

Stahlhelmabzeichen für Mussolini

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Rom, 13. November

Ministerpräsident Mussolini hat heute nachmittag den Führer der hier zur Zeit in Rom anwesenden Stahlhelm Deputation, Dr. Heinke, empfangen. Der Stahlhelmmann entschuldigte sich, daß er deutsch spreche, da er die italienische Sprache „noch nicht" beherrsche. Er erzählte dann dem italienischen Staatschef, daß der Stahlhelm die faschistische Idee zur Basis seiner eigenen Organisation und seiner politischen Staatsauffassung gemacht habe. Italien und Deutschland hätten dieselben Ideale und seien an dasselbe Schicksal geknüpft. Er versicherte Exzellenz Mussolini, daß der deutsche Stahlhelm in dieser Idee fortschreiten werde.

Mit den besten Wünschen für ein „bis zum Ende der Zeiten blühendes" Italien übergab Dr. Heinke Mussolini das Stahlhelm-Abzeichen, das dieser höflich dankend annahm.

Karl Bücher †

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Leipzig, 13. November

Im Alter von 83 Jahren starb hier der Nationalökonom Professor Dr. Karl Bücher.

(Eine Würdigung des Gelehrten findet sich im Unterhaltungsblatt.)

Die Nobelpreise für Physik und Chemie

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Stockholm, 13. November

Die Akademie der Wissenschaften hat den diesjährigen Nobel-Preis für Physik dem Inder Sir Chandrasekhara Venkata Raman in Kalkutta zuerkannt, und zwar für seine Arbeiten betreffend die Diffusion des Lichtes sowie für die Entdeckung des nach ihm benannten Effekts.

*

Der Nobelpreis für Chemie wurde, wie wir bei Schluß des Blattes erfahren, dem Professor für organische Chemie an der Technischen Hochschule in München Hans Fischer für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Zusammensetzung der Blut- und Blattfarbstoffe, sowie seine Synthese für Hämin zuerkannt.

(Siehe auch dritte Seite.)

Zyklon wütet in Burma

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

London, 13. November

Der „Exchange Telegraph" meldet aus Rangoon, daß ein Zyklon an der Westküste von Burma, 200 Meilen nordwestlich von Rangoon, gewütet hat. Die Stadt Khaukpyu mit einer Einwohnerzahl von 4000 ist vollständig zerstört worden. Hunderte von Menschen sind getötet und alle Gebäude in Trümmer gelegt worden.